

TANNAZ FALAKNAZ, STEFANIE LOHAUS,
CÉCILE WEIDHOFER (HG.)

ZU ANDERS FÜR DIE MACHT

Wie mutige Frauen für Gleichberechtigung
in der Politik kämpfen

HERDER 
FREIBURG · BASEL · WIEN



© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2025

Alle Rechte vorbehalten

www.herder.de

Umschlaggestaltung: zero-media.net, München

Satz: Daniel Förster, Belgern

Herstellung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

Stand: Dezember 2024

ISBN Print: 978-3-451-39136-1

ISBN E-Book (EPUB): 978-3-451-83404-2

ISBN E-Book (PDF): 978-3-451-83748-7

INHALT

Warum es noch immer keine Gleichberechtigung in der Politik gibt und es sie braucht: Die Ersten	7
JESSY JAMES LAFLEUR PARITÄT JETZT!	21
SHEYDA WEINRICH Frauen in der Politik – Mehr Ausnahme als Regel	29
SABINE LEUTHEUSER-SCHNARRENBERGER »Es macht einen Unterschied, wenn es Frauen sind“	41
SERAP GÜLER Von mutigen Frauen, mutigen Menschen und mutigen Ersten	57
ANKE DOMSCHEIT-BERG PAULA PIECHOTTA »Auch robusten Personen kann es passieren, dass sie in das Burnout rutschen“	73
KAROLINE PREISLER Man(n) wird Sie schlagen!	91
SARAH ZÖLLNER Keine Zeit für Politik? Wie politisches Engagement für Mütter dennoch möglich ist	109

SARAH-LEE HEINRICH YE-ONE RHIE	
»Wir haben immer noch nicht verstanden, was es heißt, ein diverses, multikulturelles Land zu sein«	123
HENRIETTE REKER	
Parteilos glücklich? Gedanken zur Parteilosigkeit in der Kommunalpolitik	141
KATRIN MÜNCH	
Als weibliche Autistin in der Politik	157
TESSA GANSERER	
»Was die Rechte von transgeschlechtlichen Menschen angeht, hat Deutschland noch Nachholbedarf«	171
DOREEN DENSTÄDT	
Frauen in der Politik: Es ist nie zu früh	187
ONYEKA OSHIONWU EILEEN O'SULLIVAN LAURA STAUDACHER	
»Am Ende wollen wir alle eine Demokratie mitgestalten«	197
HEIKE HEUBACH	
Niemand soll ausgeschlossen werden – Was es für eine wirklich inklusive Politik braucht	215
RITA SÜSSMUTH	
Gleichberechtigung in der Politik – Eine überfällige Notwendigkeit	231

WARUM ES NOCH IMMER KEINE GLEICHBERECHTIGUNG IN DER POLITIK GIBT UND ES SIE BRAUCHT: DIE ERSTEN

Wir feiern die Demokratie als ideale Staatsform, als Sehnsuchtsort politischer Teilhabe und Mitgestaltung. Sie verkörpert den Traum von Gleichberechtigung und die Möglichkeit, aktiv an den Geschicken des Landes mitzuwirken. Doch trotz ihrer Errungenschaften müssen wir uns eingestehen: Unsere Demokratie ist nicht vollen-det. Bei genauer Betrachtung offenbart sich ein tieferes Verständnis dieser Unvollkommenheit, die weit über offensichtliche Mängel hinausgeht. Die Demokratie lädt uns ein, mitzuwirken und teil-zuhaben, doch in der Praxis ist sie oft weit davon entfernt, dieses Versprechen vollständig einzulösen. Die politische Landschaft, die sich uns präsentiert, spiegelt nach wie vor ungleiche Machtverhält-nisse wider. Besonders deutlich wird dies in der Unterrepräsenta-tion bestimmter Gruppen in politischen Entscheidungsprozessen.

Frauen, Menschen mit Migrationsbiografie, Menschen mit Beeinträchtigungen und andere marginalisierte Gruppen sind in den politischen Institutionen nach wie vor unterrepräsentiert. Diese Unterrepräsentation ist nicht nur ein Symptom, sondern auch eine Ursache dafür, dass bestimmte Perspektiven in der Ge-setzgebung und in der politischen Gestaltung fehlen. Wenn Ge-setze und Richtlinien vornehmlich von einer homogenen Gruppe beschlossen werden, bleiben die Interessen und Bedürfnisse gro-ßer Teile der Bevölkerung unberücksichtigt.

Betrachten wir den historischen Kontext, so wird deutlich, wie stark die Demokratie, die wir heute genießen, auf den Schul-

tern mutiger Frauen ruht, die den politischen Diskurs und die gesellschaftlichen Veränderungen maßgeblich geprägt haben. Diese Frauen wie etwa Louise Otto-Peters, Hedwig Dohm, Helene Lange, Clara Zetkin oder Anita Augspurg haben oft unter Lebensgefahr für Rechte gekämpft, die wir heute als selbstverständlich erachten: Meinungsfreiheit, das Recht auf Bildung, das Wahlrecht, das Recht auf Selbstbestimmung und die Freiheit, sich politisch einzubringen. Ihre Kämpfe und Errungenschaften bilden das Fundament, auf dem unsere heutige Demokratie steht.

Seit der Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts im Jahr 1918 hat sich viel verändert. Es wurde gestritten und erkämpft. An vorderster Front standen immer wieder Frauen, die als Pionierinnen den Weg bereiteten für nachfolgende Generationen. Sie erstritten die Abschaffung von Gesetzen, die Frauen entmündigten, wie etwa 1977 das bundesdeutsche Recht des Ehemannes, über die Erwerbstätigkeit der Ehefrau zu bestimmen. Dabei arbeiteten Frauen auch überparteilich zusammen: Die Strafbarkeit von Vergewaltigung in der Ehe konnte 1997 beschlossen werden, weil der Fraktionszwang abgeschafft wurde. Sie verbesserten (meistens) die Situation von Müttern, schafften Quotenregelungen für Frauen und Führungspositionen. Sie öffneten politische Räume, in denen zuvor marginalisierte Stimmen Gehör fanden. Sie hatten – und haben – den Mut, gegen Widerstände anzukämpfen und die politische Landschaft nachhaltig zu verändern.

Sie waren die Wegweiserinnen, die den Mut hatten, gegen Widerstände anzukämpfen und die politische Landschaft nachhaltig zu verändern.

Doch obwohl viel erreicht wurde, bleibt noch viel zu tun. Die Demokratie muss sich weiterentwickeln, um wirklich inklusiv zu sein. Sie muss die Stimmen aller Menschen berücksichtigen und sich zu einer politischen Kultur entwickeln, in der Diversität als Bereicherung und nicht als Bedrohung wahrgenommen wird. Die

unvollendete Demokratie ist ein Aufruf an uns alle, nicht nur passiv Teil des Systems zu sein, sondern aktiv daran mitzuwirken, es gerechter und inklusiver zu gestalten.

Unser Ziel sollte eine Demokratie sein, die wirklich alle einlädt, in der politische Teilhabe nicht von Geschlecht, Herkunft, körperlicher Verfassung oder anderen Merkmalen abhängt. Eine Demokratie, die ihre eigenen Versprechen einlöst und für alle Menschen gleiche Chancen bietet. Es ist an der Zeit, unsere Demokratie zu vollenden und gemeinsam daran zu arbeiten, sie in der Praxis zu verbessern – damit sie endlich das Ideal verwirklicht, das sie zu sein verspricht.

»Meine Herren und Damen! Es ist das erste Mal, dass eine Frau als Freie und Gleiche im Parlament zum Volke sprechen darf [...]«

Am 19. Februar 1919, kurz nach Einführung des Frauenwahlrechts, betrat Marie Juchacz als erste Frau in Deutschland das Rednerpult der Weimarer Nationalversammlung und schrieb Geschichte. Zum ersten Mal sprach eine Frau in einem nationalen Parlament in Deutschland. Die historische Bedeutung dieses Moments griff sie selbst in ihrer Rede auf, in der sie über die Entwicklungen der Frauenwahlrechtsbewegung und die Rolle der Frauen in der Gesellschaft sprach. Einhundert Jahre später erinnerten wir uns an diese Wahlrechtsreform und nahmen die heutigen Herausforderungen rund um Gleichberechtigung und gesellschaftliche Teilhabe von Frauen in den Blick. Es zeigt sich ein Fortschritt im Schneekentempo. Die Nationalversammlung, der Marie Juchacz angehörte, hatte einen Frauenanteil von 8,7 Prozent, der erst bei der Wahl des Deutschen Bundestags im Jahr 1987 überschritten wurde. Fakt ist: In keinem deutschen Parlament sind Frauen seit 1919 ihrem Bevölkerungsanteil entsprechend vertreten. 2017 fiel

der Frauenanteil im Bundestag mit 30,9 Prozent auf den Wert von 1998 zurück. Grund hierfür war der Einzug von Parteien mit einem geringeren Frauenanteil in den Bundestag. Bei den nächsten Wahlen 2021 stieg der Frauenanteil um vier Prozentpunkte an und beträgt nun knapp unter 36 Prozent. In den Fraktionen zeigen sich deutliche Unterschiede: Während der Frauenanteil bei Bündnis 90/Die Grünen 59,3 Prozent beträgt, kommt die AfD lediglich auf 11,5 Prozent. Auch in zahlreichen Länderparlamenten ist der Frauenanteil rückläufig und liegt im Schnitt bei einem Drittel. Zudem zeigt sich weltweit ein Rückfall in tradierte Rollen- und Familienbilder. Was einmal erkämpft wurde, kann auch wieder verloren gehen.

In den kommunalen Vertretungen auf Kreisebene und in kreisfreien Städten machen Frauen nur etwa 30 Prozent aus. Betrachtet man Frauen in politischen Führungspositionen, wird die Unterrepräsentanz besonders deutlich. 1961 wurde Elisabeth Schwarzhaupt die erste Frau an der Spitze eines Bundesministeriums. Heute sind 42,8 Prozent der Bundesministerien von Frauen besetzt. Allerdings gibt es nur zwei Ministerpräsidentinnen (in Mecklenburg-Vorpommern und dem Saarland) und nur 13,5 Prozent Bürgermeisterinnen^{*} – 2020 titelte das Katapult-Magazin, dass es mehr Thomase gibt, die Bürgermeister sind, als es Bürgermeisterinnen gibt. Auffällig ist auch, dass Menschen mit ostdeutscher Biografie selten in politischen Führungspositionen zu finden sind.

Die Gründe für die Unterrepräsentanz von Frauen in der Politik sind vielfältig. Zum einen sind Geschlechterstereotype und traditionelle Rollenbilder immer noch tief in der Gesellschaft verwurzelt. So verbringen Frauen häufig immer noch mehr Zeit mit

* Deutscher Städte- und Gemeindebund (2024). Neue Schätzungen zur Anzahl der Bürgermeisterinnen in Deutschland: <https://www.dstgb.de/themen/lokale-demokratie/aktuelles/neue-schaetzungen-zur-anzahl-der-buergermeisterinnen-in-deutschland/>.

Sorgearbeit, verdienen weniger und verfügen daher über weniger zeitliche und finanzielle Ressourcen für politisches Engagement. Frauen wird oft weniger zugetraut – und auch sie selbst trauen sich oft weniger zu. Klischees beeinflussen auch die Erwartungen und Normen, die Politikerinnen auferlegt werden, sei es in Bezug auf Verhalten, Leistung oder Aussehen. Nicht zu männlich, nicht zu weiblich aufzutreten, ist eine der Herausforderungen, vor denen Frauen oft stehen, wenn sie in der Politik Öffentlichkeit erfahren. Die Frauenzeitschrift EMMA verlieh 2024 der FDP-Politikerin Marie-Agnes Strack-Zimmermann den Schmähpreis »Sexist Man Alive« und verunglimpfte sie auf diesem Wege. Bundeskanzlerin Angela Merkel sorgte für Schlagzeilen, als sie 2008 bei der Eröffnung des Osloer Opernhauses ein tief ausgeschnittenes Abendkleid trug. Als Franziska Giffey und Julia Klöckner zehn Jahre später bei ihrer Vereidigung zu Bundesministerinnen das gleiche Kostüm trugen, sprach niemand mehr über die Resorts und Inhalte. Als Manuela Schwesig, damals Bundesfamilienministerin, acht Wochen nach der Geburt ihres zweiten Kindes bereits wieder nach Berlin pendelte, während ihr Mann Elternzeit nahm, wurde sie als Rabenmutter und Egoistin beschimpft. Diese Beispiele verdeutlichen, dass die Gesellschaft nach wie vor eine klar definierte Vorstellung davon hat, wie »Politikerinnen« zu sein haben.

Es gibt viele strukturelle Hürden: Das Wahlrecht beeinflusst, wie viele Frauen in den Parlamenten sitzen – so begünstigt ein reinen Verhältniswahlrecht den Frauenanteil stärker als ein gemischtes System, bestehend aus Mehrheits- und Verhältniswahlrecht, wie in Deutschland. Aber schon in der Nominierungspraxis haben Frauen oft das Nachsehen, denn die noch stark männlich dominierten Netzwerke der Parteien führen dazu, dass Männer auf erfolgreicheren Plätzen aufgestellt werden. Harte politische Auseinandersetzungen in Gremien, Parteien und Parlamenten halten

viele Frauen ebenfalls davon ab, sich zu engagieren. Denn immer wieder sind die Umgangsformen und Debattenkulturen von Respektlosigkeit und alltäglichen Sexismus durchzogen. Zusätzlich fehlen häufig Vorbilder und Unterstützungsnetzwerke. Es bedarf eines umfassenden kulturellen und strukturellen Wandels, um die Gleichstellung in der Politik zu fördern und Frauen die gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen.

»Wir fordern alle auf, den alltäglichen Sexismus hier im Parlament einzustellen.«

Mit diesen Worten und unter großem Gelächter hielt Waltraud Schoppe im März 1983 ihre erste Rede im Bundestag und setzte damit ein weiteres Zeichen in der Geschichte der Frauenrechte. Schoppe war nicht die erste Frau, die sich öffentlich gegen patriarchale Strukturen stellte, doch bis heute bleibt Sexismus in der Politik ein Thema. Stereotype Rollenzuschreibungen führen dazu, dass Frauen in der Politik oft weniger zugetraut wird: Frauen gelten als »zu emotional«, interessieren sich angeblich eher für »weiche Themen« wie Soziales und Familie und weniger für »harte« Felder wie Wirtschaft und Finanzen. Auch das Aussehen von Politikerinnen wird stärker thematisiert als das ihrer männlichen Kollegen, private Verhältnisse werden öfter diskutiert, und Frauen werden regelmäßig für das Image ihrer Partei instrumentalisiert.

Auch sexuelle Belästigung ist in Parteien weitverbreitet. In der EAF-Berlin-Studie »Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen«* gaben 40 Prozent der befragten Politikerinnen an, sexuelle Belästigung erlebt zu haben. Auf Bundesebene sind die

* Köcher, Renate; Lukoschat, Helga (2021): Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen. Eine empirische Untersuchung mit Handlungsempfehlungen an die Parteien. Herausgegeben von der EAF Berlin.

Zahlen sogar höher als auf kommunaler Ebene. Politikerinnen berichten von unangemessenen Kommentaren über Aussehen, Figur und Kleidung, von Blicken und unerwünschten Berührungen. Diese Übergriffe finden oft in informellen Situationen statt, verübt von Parteikollegen und Politikern anderer Parteien. Besonders gefährdet sind jüngere und neue weibliche Mitglieder.

»Es ist ein wichtiger historischer Moment, bei dem es weniger um meine Person geht als darum, dass strukturelle Diskriminierung Schritt für Schritt aufgebrochen wird.«

Im September 2021 schrieb die Grünen-Politikerin Awet Tesfaiesus Geschichte, als sie als erste Schwarze Frau in den Bundestag einzog. Trotz dieses bedeutenden Schritts sind Menschen mit Migrationsbiografie in deutschen politischen Institutionen noch immer stark unterrepräsentiert.

Obwohl Menschen mit Migrationsbiografie knapp 29 Prozent der Bevölkerung ausmachen, beträgt ihr Anteil im Bundestag lediglich 11 Prozent, in den Landesparlamenten sogar nur sieben Prozent.* Noch gravierender ist, dass nicht einmal sechs Prozent der weiblichen Bundestagsabgeordneten eine Migrationsbiografie haben. Die Repräsentation von Menschen mit Migrationsbiografie zeigt auch auf kommunaler Ebene große Defizite. Der Medien-dienst Integration berechnete 2023 bundesweit nur vier Oberbürgermeister mit Migrationsbiografie, darunter keine Frau.**

* Henning Bergmann, Gözde Çelik und Andreas M. Wüst (2024): REPCHANCE. Bausteine einer chancengerechten politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte. Robert Bosch Stiftung: <https://www.bosch-stiftung.de/de/publikation/repchance> (zuletzt abgerufen am 13.12.2024).

** Mediendienst Integration: Politische Teilhabe. <https://mediendienst-integration.de/integration/politische-teilhabe.html> (Stand: Mai 2024, zuletzt abgerufen am 16.12.2024).

Die Ursachen für diese Unterrepräsentation sind oft tief in den gesellschaftlichen Strukturen verwurzelt. Rassismus, Vorurteile, ungleiche Chancen und fehlende Netzwerke erschweren es Menschen mit Migrationsbiografie, in der Politik Fuß zu fassen. Die Bedrohungslage für Politiker*innen mit Migrationsbiografie ist zudem besonders in Ostdeutschland hoch, wo sie oft mit Rassismus und sozialer Isolation konfrontiert sind.

»Heute schreiben wir tatsächlich Geschichte. Wir haben die erste gehörlose Abgeordnete, die sich hier für ihren Wahlkreis einbringen wird.«

Bundestagspräsidentin Bärbel Bas kündigt Heike Heubach im März 2024 als neues Mitglied des Deutschen Bundestags an. Der Moment, in dem sie offiziell in das höchste deutsche Parlament eingeführt wurde, war mehr als nur ein symbolischer Akt – er markierte einen bedeutenden Meilenstein auf dem Weg zu einer inklusiveren politischen Landschaft. Als der Applaus in diesem Moment in Gebärdensprache gespendet wurde, war es ein starkes Zeichen dafür, dass Vielfalt in der Politik nicht nur anerkannt, sondern auch gefeiert wird. Menschen mit Behinderungen sind nach wie vor in der Politik eine Seltenheit. Diese Unterrepräsentation ist nicht nur ein Spiegelbild gesellschaftlicher Vorurteile, sondern auch ein Hinweis auf die strukturellen Barrieren, die Menschen mit Behinderungen daran hindern, aktiv an der politischen Gestaltung teilzuhaben.

Ein Großteil dieser Barrieren ist räumlicher und technischer Natur. Noch immer sind viele politische Institutionen und Gebäude für Menschen mit körperlichen Einschränkungen kaum zugänglich. Barrierefreiheit heißt hier mehr als nur Rollstuhlrampen und Aufzüge – auch Informationen in leichter Sprache, Braille und Gebärdensprache sind entscheidend. Auf kommunaler

Ebene zeigt sich das Problem noch deutlicher. In kleineren Städten und ländlichen Regionen ist es keine Seltenheit, dass öffentliche Gebäude, Wahllokale oder kommunale Parlamente für Menschen mit Beeinträchtigungen schwer zugänglich sind.

Es ist möglich, dass Menschen mit Behinderungen politische Verantwortung übernehmen und wichtige Entscheidungen mitgestalten. Doch dieser Fortschritt darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass noch viel Arbeit vor uns liegt. Barrierefreiheit ist die Grundlage demokratischer Teilhabe auf allen politischen Ebenen – von der Gemeinde bis zur Bundesregierung und von der kommunalen bis zur bundesweiten. Nur so können wir sicherstellen, dass die Politik tatsächlich ein Spiegelbild der gesamten Gesellschaft ist und alle Stimmen Gehör finden.

Dennoch – trotz all der genannten Barrieren der letzten Jahrzehnte ist es immer Menschen gelungen, ihren Weg in die Politik zu finden und ihren Platz zu erkämpfen. Die in diesem Vorwort ausgewählten historischen Meilensteine zeigen, wie wichtig es ist, dass es zur Bekämpfung von Ungleichheiten immer mutige Menschen gibt, die als Erste etwas verändern, anstoßen oder aussprechen.

Nur eine Demokratie, die von allen getragen und gelebt wird, erfährt Legitimität. Diese Legitimität bedeutet, möglichst viele Stimmen zu Wort kommen zu lassen, gemeinsam zu reflektieren und marginalisierten Gruppen eine Stimme zu geben. Unter anderem sind es mutige Frauen, die wichtige Meilensteine in der deutschen Politik gesetzt haben. Einige von ihnen möchten wir in diesem Buch die persönlichen Geschichten erzählen lassen: Wie ist es, in Armut aufzuwachsen? Die erste gehörlose Abgeordnete zu sein? Wie können wir Rassismus und Sexismus bekämpfen? Wie geht man mit Gewalt um und was braucht es, um in jeglicher Hinsicht mehr Gleichberechtigung in der Politik zu erlangen?

Zu Wort kommen Frauen, die schon Jahrzehnte in der Politik vertreten sind. Rita Süßmuth, Bundestagspräsidentin a. D.

(CDU) berichtet davon, was es bedeutet, jahrzehntelang in der Politik engagiert zu sein und welche Rolle Netzwerke spielen. Henriette Reker schreibt von ihren Erfahrungen als parteilose Oberbürgermeisterin in Köln. Was bedeutet es, als schwarze Frau im ländlichen Raum im Osten Politik zu machen? Darüber berichtet Doreen Denstädt (Bündnis 90/Die Grünen) als ehemalige Thüringer Ministerin für Migration, Justiz und Verbraucherschutz. Mit Ye-One Rhie, MdB (SPD), und der ehemaligen Bundesvorsitzenden der Grünen Jugend Sarah-Lee Heinrich sind wir über Rassismus in der Gesellschaft und in der Politik ins Gespräch gekommen. Durch Serap Güler, MdB (CDU), erfahren wir, welche Rolle Klassismus und die soziale Herkunft spielen. Sheyda Weinrich gibt einen Einblick in den Paritätsdiskurs und Wortkünstlerin und Aktivistin Jessy James LaFleur behandelt das Thema persönlich und poetisch. Was Hate-Speech mit Menschen machen kann, schildert die Politikerin Karoline Preisler (FDP) anhand eigener Erfahrungen. Beiträge über Beeinträchtigungen liefern die erste gehörlose Abgeordnete im Bundestag, Heike Heubach, MdB (SPD), und Katrin Münch (FDP) über ihren politischen Alltag als Autistin. Gleich mit drei Frauen sind wir zum Thema »Junge Leute in der Politik« ins Gespräch gekommen: Onyeka Oshionwu, ehrenamtliche Bürgermeisterin für die Grünen in Göttingen, Eileen O'Sullivan (VOLT), Dezernentin in Frankfurt am Main, und Laura Staudacher (FDP). Ein weiteres Interview durften wir mit den Bundestagsabgeordneten Dr. Paula Piechotta (Bündnis 90/Die Grünen) und Anke Domscheit-Berg (Die Linke) zum Thema mentale Gesundheit führen. Autorin und Aktivistin Sarah Zöllner ergänzt diesen Sammelband mit einem Beitrag zum Thema Vereinbarkeit. Und mit Tessa Ganserer, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), diskutieren wir die Erfahrungen als eine der ersten trans Frauen im Bundestag.

Die Politik ist oft von Konformität geprägt, doch gerade die »Andersartigkeit« ist es, die sie bereichern kann. Gerade deswegen ist es uns wichtig, verschiedene Frauen zu verschiedenen Themen zu Wort kommen zu lassen: Frauen mit und ohne Migrationsbiografie, mit Ost- und Westherkunft, mit und ohne Beeinträchtigung. Denn die Frauen, die in diesem Sammelband zu Wort kommen, sind von ihren Werten und Vorstellungen unterschiedlicher, als es auf den ersten Blick erscheint. Doch was sie eint, ist, dass sie zur politischen Vielfalt beitragen. Alle auf ihre eigene Art und Weise.

Es ist uns als Herausgeberinnen ein besonderes Anliegen, diese Vielfalt zu präsentieren, ohne dabei einen einheitlichen Konsens zu erwarten oder zu erzwingen. Die Autorinnen dieser Beiträge vertreten unterschiedliche Ansichten, die in ihren jeweiligen Kontexten und aus ihren spezifischen Erfahrungen heraus entstanden sind. Ebenso haben wir als Herausgeberinnen unterschiedliche Standpunkte und Ansichten zu den behandelten Themen. Diese Diversität betrachten wir als Stärke dieses Sammelbandes.

»Liebe Kolleg:innen, heute schreiben wir Geschichte. Noch nie war ein deutsches Parlament so vielfältig und inklusiv wie dieses. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass wir zum ersten Mal paritätisch besetzt sind.«

– auch das kann irgendwann eine Rede sein, vorgetragen von einer Ersten.

